

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsbüro  
Tagesblatt Rieser,  
General Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,  
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa bezugsberechtigtes bestimmtes Blatt.

Verlagshaus  
Dresden 1890,  
Groschen  
Rieser Nr. 22.

Nr. 284.

Donnerstag, 6. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Feiertage, bezugsfrei, gegen Voranmeldung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder  
hand. Wenn der Fall des Eintrags von Verdachtsanzeigen, Erklärungen der Aktion und Materialpreise befallen mit und das Recht der Freierhebung und Nachforderung vor. Anzeigen  
für die Nummer des Tagesblattes sind bis 6 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für  
die 20 Nummern, 3 Mark 25 Pfennig; für 10 Nummern 1 Mark 75 Pfennig; für 5 Nummern 85 Pfennig; für 3 Nummern 50 Pfennig; für 2 Nummern 30 Pfennig; für 1 Nummer 15 Pfennig.  
Bezugsbedingungen: Die 20 Nummern des Tagesblattes sind 100 Pfennig wertlos; die 10 Nummern des Tagesblattes sind 50 Pfennig wertlos; die 5 Nummern des Tagesblattes sind 25 Pfennig  
wertlos; die 3 Nummern des Tagesblattes sind 15 Pfennig wertlos; die 2 Nummern des Tagesblattes sind 10 Pfennig wertlos; die 1 Nummer des Tagesblattes sind 5 Pfennig wertlos.  
— Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugs-  
nehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 10.  
Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Kriemann, Riesa; für den Vertrieb: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Auf dem Wege zum Einheitsstaat?

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Bewegung, deren Endziel die Richtung des  
deutschen Einheitsstaates ist, kommt jetzt in offizielles Fahr-  
wasser, nachdem sich bisher nur Parteilagsresolutions und  
Reisartikeln mit ihr beschäftigt haben. Man wird aber gut  
daran tun, von vornherein mit derjenigen Deutlichkeit an  
diese schwierige deutsche Kernfrage heranzutreten, da hier  
ohne jeden Zweifel ein Problem angeht, das sich nicht  
dem Bestand des Reiches gefährlich werden kann. Oder  
glaubt jemand im Ernst, daß Bayern seine staatliche Selbst-  
ständigkeit aufgeben und sich ohne weiteres bereitfinden  
wird, künftig die Rolle einer Reichsprovinz zu spielen? Das  
wäre doch eine verhängnisvolle Entscheidung, die in ihrer  
letzten Konsequenz zu einem Abfall Bayerns vom Reich  
führen könnte. Soweit wir unterrichtet sind, wird die  
Bayerische Volkspartei die erste Gelegenheit benutzen, um  
das klipp und klar festzustellen: Ist Bayern auf ein selbst-  
ständiges Staat zu sein, so hört es auf, zum deutschen Reich  
zu gehören.

Diese kategorische Erklärung, die ganz sicher in irgend  
einer Form erfolgen wird, dürfte schon dem schrankenlosen  
Unitarismus gewisse Grenzen ziehen. Noch härter werden  
dies die parlamentarischen Verhältnisse tun. Soll das Reich  
seinen bundesstaatlichen Charakter verlieren, so ist dazu  
selbstverständlich eine qualitative Mehrheit im Reichstag  
erforderlich. Die ist aber nicht vorhanden. Deutschnatio-  
nale, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Welfen und  
Bayerischer Bauernbund sind geschlossen dagegen. Diese  
Parteien aber umfassen ungefähr die Hälfte aller Abge-  
ordneten. Hinzu kommt, daß auch die Deutsche Volkspartei  
für einen absolut unitarischen Staat in ihrer Mehrheit nicht  
zu haben sein wird, und daß selbst bei den Sozialdemo-  
kraten, wo zahlreiche Abgeordnete, dem Willen des  
gewählten, bundesstaatlich gerichtet sind, noch Bedenken gegen  
eine allzustarke Zentralisierung bestehen. Natürlich sprechen  
bei der Sozialdemokratie auch parteiliche Erwägungen  
mit. Sie sehen sich im Reich augenblicklich von der Rege-  
rung ausgeschaltet, während sie in einzelnen Bundesstaaten  
wie vor allem in Preußen, starke und wertvolle Represen-  
tationen besitzen, die sie nicht mitwillig räumen wollen.

Uebereinstimmend wird allerdings die Ansicht vertreten,  
daß in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern jetzt  
eine grundlegende Veränderung eintreten muß. Die finan-  
zielle Not der meisten Bundesstaaten hat einen Punkt er-  
reicht, von dem aus bis zum Staatsbankrott nur noch ein  
Schritt ist. Diese furchtbaren finanziellen Schwierigkeiten  
waren es, die Hessen bis zu dem Punkt brachten, daß man  
Reichsland erklären zu lassen, die in der letzten Woche, wie  
man erst jetzt erfährt, die Finanzminister der süddeutschen  
Staaten zu einer vertraulichen Sitzung zusammengekommen  
hat, in der ein gemeinsames Vorgehen gegen das ansehn-  
liche Reich zur Steuervereinfachung verabredet worden  
ist. Bei dieser Frage wird auch der Föderalismus ange-  
rufen, um wirksame Abhilfe zu schaffen. Soweit wir un-  
terrichtet sind, besteht bei fast allen Parteien und auch bei  
allen Ländern Neigung, in dieser Frage entgegenzukommen  
und alles zu tun, um den Verwaltungsapparat der Länder so  
einfach und wenig kostspielig wie nur möglich zu gestalten.  
Es spricht viel dafür, daß man unter diesen Umständen auf  
den Vorschlag der völksparteilichen Abgeordneten Rühl und  
Wunderlich zurückgreifen wird, die schon seit geraumer Zeit  
für eine Zentralisierung der Justizverwaltung plädieren.  
Dieser Vorschlag hat bisher bei den Deutschnationalen wie  
bei der Bayerischen Volkspartei starken Widerspruch gefun-  
den, und dürfte auch zunächst in Bayern keinen Anklang  
finden. An unterrichteter Stelle hält man es jedoch für  
möglich, daß angesichts der finanziellen Unhaltbarkeit der  
jetzigen Zustände die Widerstände gegen die Zentralisierung  
zu überwinden sein werden. Die Beschäftigung mit dem  
Einheitsstaat aber hat noch menschlicher Voraussicht noch auf  
lange Zeit hinaus nur theoretisches Interesse.

## Zur Frage der Kriegsschuld.

Washington. Der „Boston Daily Globe“ be-  
schäftigt sich in einem Leitartikel mit der Frage der Kriegs-  
schuld und führt im Anschluß an eine Meldung des Berliner  
Korrespondenten der „New York Times“ folgendes aus:  
Es ist zutreffend, daß der Vertrag von Versailles, der die  
Verantwortlichkeit Deutschlands unterstellt, die Grundlage  
der gegenwärtigen Weltordnung bildet. Trotzdem ist  
Deutschland die einzige Großmacht, die sich im voraus ver-  
pflichtete, die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichts-  
hofes anzunehmen. Damit hat Deutschland einen starken  
Beweis dafür geliefert, daß es nicht daran denkt, die  
Bestimmungen von Versailles mit Gewalt zu ändern.  
Wegen die Anwendung moralischer Mittel und geistlicher  
Methoden zur Verbesserung der Stellung Deutschlands  
kann man billigerweise nichts einwenden. Die Fortschritte  
der Diktator während der letzten neun Jahre haben un-  
zweifelhaft der Theorie von der Kleinschuld Deutschlands  
Abbruch getan. Die in Leningrad, Berlin und Wien durch  
die Revolution geöffneten Archive rufen die Handlungen  
russischer, französischer und britischer Staatsmänner ebenso  
wie die ihrer Feinde in ein kritisches Licht. Weiterhin trägt  
die Tatsache, daß Paris und London es unterlassen haben,  
ihre Archive freiwillig zu öffnen, zu dem Eindruck bei, daß  
die Hände ihrer Führer doch nicht ganz rein von  
Schuld sind.

Besten Endes ist jedoch die Hauptsache nicht die Fest-  
stellung der Schuldigen, nicht die Frage, in welchem Maße  
die Hinten zuerst losgegangen sind, sondern eine eingehende  
Untersuchung der Ursachen des Krieges.

## D 1230 notgelandet.

### In Sifabon gelandet.

• Berlin. (Telefon.) Nach einem Funkpruch aus  
Sifabon ist das Dampfschiff D 1230 bei Torres Vedras,  
etwa 80 Kilometer nördlich von Sifabon, notgelandet.

• London, 6. Oktober. (Telefon.) Hier liegt eine  
Nachricht vor, daß das Junkers-Flugzeug D 1230 auf der  
Höhe von Santa Cruz ins Meer gefallen sei. Auf SOS-  
Rufe hin ist ein Kriegsschiff abeschickt worden, um das  
Flugzeug aufzufischen. Zwischen Kap Mondego und Santa  
Cruz wird eifrig nach dem Flugzeug gesucht.

• Paris, 6. Oktober. Der „Petit Parisien“ meldet  
aus Sifabon: Infolge einer Panne auf der Höhe von Kap  
Roca sah sich das Junkers-Flugzeug D 1230 gezwungen, bei  
Santa Cruz zu landen. Nachdem es Ölreste ausgelandt  
hatte, schickte die Regierung sofort Hilfe ab.

### Die erste Nachricht von den Junkers-Fliegern.

Berlin. (Telefon.) Bei den Junkers-Werken ist  
folgendes Telegramm eingelaufen:  
Sifabon, 6. 10. Poole berichtet: Landung nur wegen  
Rebel, Maschine und Besatzung wohlauf. Gessen am 6.  
früh Sifabon erreichen zu können.

### D 1230 auf dem Meer niedergegangen.

Sifabon. (Telefon.) Nach 3 Uhr. Das Wasser-  
flugzeug D 1230, das gegenüber von Santa Cruz auf dem  
Meer niedergegangen ist, ist augenblicklich von Hilfs-  
booten umgeben. Ein Schleppdampfer befindet sich an Ort  
und Stelle, um nötigenfalls Hilfe zu leisten. Die See ist  
ruhig.

### D 1230 in Sifabon.

• Emden. (Telefon.) Nach 2.30 Uhr. Nach Mit-  
teilung der Flugleitung Nordsee ist das Flugzeug D 1230  
in Sifabon gelandet.

### Die Notlandung der D 1230

glatt vor sich gegangen.

Frankfurt am Main. (Telefon.) Nach Privat-  
meldungen der Frankfurter Zeitung ist die Landung des  
Junkers-Flugzeuges D 1230 bei Sifabon erstens ohne  
jeden Zwischenfall glatt vor sich gegangen. Die Landung  
erfolgte nicht aus irgendwelchen Störungserscheinungen an  
der Maschine, sondern aus wohlwogenen Gründen. Als  
man sich Sifabon näherte, begann es bereits zu dunkeln,  
und der verantwortliche Führer des Flugzeuges, Starke,  
beschloß, niederzulegen, sobald sich eine passende Gelegen-  
heit bieten würde. Im Laufe des heutigen Vormittags  
wird D 1230 nach Sifabon fliegen und wahrscheinlich morgen  
zum Weiterflug nach den Haaren starten.

### Die Teilnehmer des geplanten Dzeanfluges.

• Hamburg. Ueber die Persönlichkeiten der außer  
dem von der „Bremen“ her bekannten Piloten Boose an

dem Flug beteiligten Flieger Starke und Ewe liegen fol-  
gende Angaben vor: Rolf Starke, geboren am 10. Februar  
1894 in Wildbrunn bei Dresden als Sohn eines Krates, war  
im Kriege als Marineflieger tätig. Seit 1923 betätigte er  
sich nach dreijährigem technischen Hochschulstudium als  
Flugleiter und Pilot im deutschen Luftverkehr der Junkers-  
Fluggesellschaft und der Deutschen Luft-Luft-Luft. 1927  
wurde er Führer des auf dem Passagierdampfer „Lübow“  
des Norddeutschen Lloyd eingeleiteten Junkers-Flugzeuges  
und führte als solcher Passagierflüge in Madeira, auf den  
Kanarischen Inseln, in Barcelona, Korsika, Athen, Konstan-  
tinopel usw. durch. — Der Navigator Ewe ist am 9. August  
1890 in Kiel geboren. Er war von 1906 bis 1914 bei der  
Kaiserlichen Marine als Schiffsoffizier tätig. Im Kriege war  
er als Seeflieger in der Nordsee beschäftigt. Seit 1926 ist  
er Seeflugbeobachter der Severa in Kiel.

### Junkers und der Dzeanflug.

Dessau, 6. Oktober. Auf eine Anfrage bei den  
Junkers-Werken wird mitgeteilt, daß die Junkers-Werke nicht  
in Abrede stellen, den Flug beim Reichsverkehrsministerium  
angemeldet zu haben. Die Gründe näher anzugeben, die sie  
hierzu veranlaßten, sind die Junkers-Werke nicht in der Lage,  
dagegen wird versichert, daß die Junkers-Werke in keinem  
Weise hinter dem Unternehmen stehen. Sie haben dieses  
Unternehmen weder technisch, noch organisatorisch, noch  
finanziell in irgendeiner Beziehung vorbereitet, noch haben  
sie irgendwie in Verbindung mit ihm. Die Maschine, mit  
der der Flug ausgeführt wird, ist in andere Hände überge-  
gangen und damit dem Einfluß der Junkers-Werke entzogen.  
Was das Nachrichtenwesen anbelangt, so werden die Junkers-  
Werke über den Flug und seinen Verlauf nicht anders  
unternichtet als andere Stellen und als die Presse auch. Sie  
sind also an sich an dem Unternehmen uninteressiert. Wenn  
dennoch eingewiesen wird, daß der Flug von Piloten und  
anderen Angehörigen der Firma Junkers ausgeführt wird,  
so wird dazu bemerkt, daß von den Junkers-Werken  
keinen Kreisen Personal der Junkers-Werke angefordert  
worden ist und daß die Werke das betriebl. Personal vor-  
läufig beurlaubt haben. Jedoch wird dieses Personal, so-  
lange der Urlaub währt, nicht von den Junkers-Werken be-  
zahlt, sondern recht vollkommen frei da und hat das Recht,  
während seiner Beurlaubung über sich zu verfügen. Aus  
dem allen geht, so wird betont, hervor, daß die Junkers-  
Werke weder Veranstalter des Unternehmens sind, noch zu  
diesem in irgendeiner Beziehung stehen.

### Besserung der Wetterlage

im Golf von Biscaya.

• Hamburg. Die Hamburger Wetterwarte gibt den  
folgenden Wetterbericht: Ein Hochdruckfeld erstreckt sich von  
dem englischen Hochdruckgebiet über Frankreich bis nach  
Nordspanien. Unter seinem Einfluß wehen über dem  
Kanar und über dem größten Teil des Golfes von Biscaya  
schwache östliche Winde. Es herrscht heiteres ruhiges Wetter.

## Sitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages.

• Berlin, 6. Oktober. Der Deutsche Industrie- und  
Handelstag kam in der heutigen Sitzung seines Hauptaus-  
schusses, in der zunächst die Wirtschaftslage besprochen wurde,  
zu der allgemeinen Auffassung, daß in dem augenblicklichen  
Stande der deutschen Wirtschaftslage zwar Er-  
wartungen nicht zu verkennen sind, irgendwelche Gründe aber  
nicht vorliegen, aus denen es zu einem Uebergang der  
gegenwärtig im wesentlichen unverändert anhaltenden  
Konjunktur in einen krisenhaften Zustand kommen müßte.  
Auch auf längere Sicht kann und muß vielmehr noch der  
allgemein vertretenen Auffassung eine Wirtschaftskrise ver-  
mieden und die Fortdauer der für produktive Zwecke not-  
wendigen ausländischen Kreditgewährung, namentlich der  
langfristigen, erreicht werden, wenn die volkswirtschaftlich  
verantwortlichen Stellen der Regierung, aber auch der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Erfordernisse der Zeit  
nicht nur klar erkennen, sondern auch erfüllen.

Diese Notwendigkeiten liegen in erster Linie in der  
Wirtschaftspolitik des Reiches und der in einer untrüb-  
baren Einheit mit ihr zu betrachtenden Finanz- und Sozial-  
politik, jede neue Erhöhung der Kosten der Erzeugung und  
Verteilung zu vermeiden, vielmehr den Abbau der Be-  
lastungen einzuleiten, damit der innere Markt behauptet  
und insbesondere die unentbehrliche Steigerung der Aus-  
fuhr erreicht werden kann. Ausdrücklich ist betont, daß  
Produktion und Verteilung auch ihrerseits die Erfordernisse  
der Lage berücksichtigen und insbesondere nach beiden Rich-  
tungen alles vermeiden, was zu einer Freibewegung führen  
kann.

Dabei kam zum Ausdruck, daß, soweit einer im Rahmen  
des Notwendigen sich haltenden Erhöhung von Beamten-  
gehältern eine in den laufenden Einnahmen bereits vorhan-  
dene Deckung gegenübersteht, darin kein Preissteigerungs-  
grund liegen kann, daß es aber um so mehr die Aufgabe der  
öffentlichen Gewalt ist, Erhöhungen der Steuern und

Gebühren unter allen Umständen zu vermeiden. Endlich  
wurde das verständliche Verlangen ausgesprochen, daß  
künftig mehr als bisher vermieden werden solle, in ihren  
Rückwirkungen bedenkliche Beurlaubungen in die öffent-  
liche Meinung zu tragen, die zu einer Erhöhung des deut-  
schen Wirtschaftsbildes und damit zu einer Schwächung der  
Volkswirtschaft führen können.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der  
Hauptauschuss mit dem Entwurf des Steuervereinfachungs-  
gesetzes und billigte eine Entschließung des Steuer-  
auschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages, daß  
eine Vereinfachung des geltenden Realsteuerrechts durch  
Radikalisierung des Reiches dringend notwendig ist.  
Hierzu wurde ausgesprochen, daß der Entwurf zum Steuer-  
vereinfachungsgesetz in der gegenwärtigen Fassung  
wesentlicher Änderungen bedarf. Vor allem erscheint der  
Entwurf in seiner jetzigen Gestalt nicht geeignet, die von  
der Reichsregierung selbst erklärte Senkung der Realsteuer  
beizubehalten.

Der Hauptauschuss beschäftigte sich weiter mit dem  
Entwurf eines Berufsberatungsgesetzes. Hauptbestand-  
teil des Gesetzes ist die Behauptung der Berufsberatung  
des Reiches soll nur dasjenige Unternehmen befragen  
dürfen, das als Arbeitgeber von der amtlichen Berufs-  
vertretung anerkannt ist. Es erscheint zweckmäßig, die An-  
erkennung dadurch zu erleichtern, daß solchen Firmen, die sich  
als ungeeignet bei der Berufsberatung erwiesen haben,  
das Recht der Berufsberatung aberkannt wird. Die in  
der Öffentlichkeit erhobene Forderung, als Träger der  
Berufsausbildung nicht die amtlichen Berufsvertretungen  
(Industrie- und Handelskammern und Handwerkskam-  
mern), sondern die Stellen zu beauftragen, die mit der  
Durchführung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-  
versicherung betraut sind, lehnt der Hauptauschuss ab.